

Corporate Governance von Hochschulen – Informationsasymmetrie, Abwanderung und Widerspruch als Herausforderung für Hochschulen

Konzeptpapier für den Vortrag im November 2009 in Essen

Peter Mayer

Abstract

Mit den strukturellen Veränderungen des deutschen Hochschulsystems in den letzten 15 Jahren ergibt sich die Notwendigkeit, die Bedingungen für eine funktionsfähige Corporate Governance an Hochschulen neu auszutarieren. Fünf Überlegungen weisen die Richtung für die Verbesserung der Corporate Governance.

- Analog zur Diskussion im Unternehmenskontext ist die Informationsasymmetrie ein wichtiges Problem. Umfassende, regelmäßige und strukturierte Informationen für die Öffentlichkeit sind ebenso erforderlich wie strukturierte Informationen für die zentralen Institutionen der Corporate Governance (Hochschulräte, interne Gremien). Die Beseitigung der Informationslücken hinsichtlich des Handelns der Hochschulleitung oder ggf. der Fakultätsleitungen sind *conditio sine qua non* für die Funktionsfähigkeit der heute dominierenden Leitungsstruktur.
- Durch eine Reihe von Maßnahmen kann auf eine qualifizierte Entscheidungsfindung in Hochschulräten hingewirkt werden: Dies umfasst Angebote für Austausch und Reflexion ebenso wie ggf. die Verbesserung der Tagungshäufigkeit und -form. Auch die Auswahl der Mitglieder und die Zusammensetzung der Hochschulräte verdient verstärkte Aufmerksamkeit, damit diese auch die in sie gesetzten Erwartungen nicht enttäuschen.
- Die Auswahlverfahren für die Hochschulleitung bedürfen einer Überprüfung und müssen der Bedeutung der Rolle angepasst werden.
- Ein Kodex für Good Governance analog des Public Kodex inklusive eines Katalogs von Anmerkungen kann hilfreiche Orientierung bieten.
- In Unternehmen reagieren die Aktionäre auf schlechte Unternehmensführung entweder mit Abwanderung (Exit) (z. B. in Form des Verkaufs von Anteilen oder mit Widerspruch (Voice) in Form von offener Kritik oder vermittelt über den Aufsichtsrat). Beide Handlungsalternativen und deren Zusammenspiel sorgen für die Kontrolle der Handelnden. Der Verkauf von Aktien ist ebenso unangenehm wie permanente Kritik der Aktionäre oder deren Vertreter. Im Vergleich hierzu bedeutet die Abwanderungsoption die Rückführung der finanziellen Mittel oder das mangelnde Interesse an der Arbeit der Hochschulen, Widerspruch erfolgt in Form der kritischen Auseinandersetzung mit dem Hochschulmanagement in der Öffentlichkeit, in den Hochschulräten, Beiräten und dergleichen. Hochschulleitungen, die der Voice-Option wenig Raum beimessen, laufen Gefahr, die Handelnden in die Abwanderungsoption zu führen. Das mit New Public Management und Hochschulfreiheit verknüpfte Corporate Governance Modell darf daher nicht falsch verstanden werden: Partizipationsprozesse sichern Legitimität und Akzeptanz, und verhindern, dass wesentliche Stakeholder ihre Option nur in der Abwanderung sehen.